

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Hessen, Kaiser-Friedrich-Ring 77, 65185 Wiesbaden

Verband der Ersatzkassen e. V. (vdek)
Landesvertretung Hessen
Walter-Kolb-Str. 9 - 11
60594 Frankfurt

**Landesverband
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Hessen**

Kaiser-Friedrich-Ring 77
65185 Wiesbaden
Telefon: 06 11 / 9 89 20-0
Telefax: 06 11 / 9 89 20-33
landesverband@gruene-hessen.de
www.gruene-hessen.de

Wiesbaden, 21. August 2023

Antwort auf den Wahlprüfstein des vdek

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Übersendung Ihrer Wahlprüfsteine zur hessischen Landtagswahl 2023. Wir haben uns bemüht, Ihnen ausführliche Antworten auf Ihre Fragen zu geben. Sollten Sie Rückfragen haben, so melden Sie sich gern erneut bei uns.

Unsere Antworten finden Sie auf den folgenden Seiten.

Mit freundlichen Grüßen



Bärbel Hartmann
Landesgeschäftsführerin
Landesverband BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Hessen

1. Seit langem existiert die gesundheitswissenschaftliche Erkenntnis, dass die Krankenhauslandschaft in Hessen und Deutschland strukturell weiterentwickelt werden muss, um Erreichbarkeit in der Fläche und sinnvolle Spezialisierung sicherzustellen. Welchen Stellenwert hat die Versorgungsqualität für Sie als Planungskriterium, und haben Sie eine Zielvorstellung, an welchen Standorten die stationäre Versorgung in Zukunft noch angeboten werden soll?

Antwort:

Eine gute medizinische und pflegerische Versorgung sowie eine gute Notfallversorgung sind für uns wichtige Daseinsvorsorge. Allen Menschen in Hessen – sowohl auf dem Land als auch in der Stadt - muss die notwendige Gesundheits-Infrastruktur zur Verfügung stehen. Dafür ist es erforderlich, dass ambulante und stationäre Angebote stärker ineinandergreifen und die Zusammenarbeit gestärkt wird. Diese bedarfsgerechten Angebote wollen wir mit weiteren Investitionsmitteln unterstützen.

Gemeinsam mit den Kommunen ist es unser Ziel eine leistungsfähige und erreichbare Krankenhausversorgung für alle zu sichern. Den Landes-Krankenhausplan werden wir auch mit Blick auf die integrierte Bedarfsplanung zwischen ambulanter und stationärer Versorgung überarbeiten, sowie die Investitionsmittel weiter erhöhen. Nicht jedes Krankenhaus muss alles machen, aber, wenn es drauf ankommt, muss ein Krankenhaus für alle schnell erreichbar sein.

2. Die Investitionsförderung der Krankenhäuser ist – trotz relevanter Anstrengungen der hessischen Landesregierung – unzureichend und befördert einen Sanierungsstau auch bei bedarfsnotwendigen Häusern. Wie wollen Sie die Investitionsfinanzierung priorisieren, um künftig bedarfsnotwendige Standorte aktiv zu stärken?

Antwort:

Mit einer Milliarde Investitionsförderung für Krankenhäuser allein in den Jahren 2023 und 2024 sowie weiteren Maßnahmen haben wir die gesundheitliche Versorgung in Hessen gestärkt. Hessen hat die Investitionskosten für Krankenhäuser in den letzten vier Jahren fast verdoppelt und steht im Ländervergleich nun ganz vorne. Das zeigt die aktualisierte Bestandsaufnahme der Deutschen Krankenhausgesellschaft, die den Stand der Krankenhausplanung und die Investitionsförderungen der Bundesländer abbildet.

Wir wollen weitere Erhöhungen der Investitionsmittel vornehmen. Um das Gesundheitswesen besser zu vernetzen und transparenter für Patient*innen zu machen, werden außerdem Investitionen in digitale Infrastruktur notwendig sein.

Wir unterstützen die hessischen Krankenhäuser auf ihrem Weg zur Klimaneutralität. Mit dem einzurichtenden Klima- und Transformationsfonds des Landes wollen wir Klima-Anpassungsmaßnahmen der Kliniken voranbringen. Wir fördern die Initiative „Green Hospital“ und wollen Qualifizierungsmaßnahmen zum Klimamanagement aktiv unterstützen.

3. Die ambulante ärztliche Versorgung in Hessen ist zwischen ländlichen und urbanen Regionen ungleich verteilt. Dieser Trend hat sich zuletzt weiter verstärkt. Welche alternativen Steuerungsinstrumente mit sektorenübergreifender Wirkung sind aus Ihrer Sicht vielversprechend?

Antwort:

Zum Erhalt einer wohnortnahen, flächendeckenden und qualitativ hochwertigen medizinischen Versorgung wollen wir bedarfsgerechte Angebote mit weiteren Investitionsmitteln unterstützen. Wir fördern im Besonderen die gesundheitliche Versorgung im ländlichen Raum. Wir wollen die hausärztliche Versorgung sichern und stärken, sowie in unterversorgten Gebieten die Nachbesetzung attraktiver gestalten. Es braucht zudem eine flächendeckende und gezielter gesteuerte fachärztliche Versorgung.

Durch gut erreichbare Gesundheitszentren und ergänzende mobile Praxen stärken wir eine niedrigschwellige Gesundheitsversorgung in ganz Hessen. Ebenso unterstützen wir das Angebot von Gemeindepfleger*innen bzw. von Community Health Nurses (CHN). Genügend Medizinstudienplätze, die Landarztquote und weitere Anreize für eine Ausbildung in Gesundheitsberufen sind wichtige Voraussetzungen, um eine umfassende gesundheitliche Versorgung überall in Hessen aufrechterhalten zu können.

4. Die Versorgung von Notfallpatient:innen ist in Hessen derzeit nur unzureichend auf das Patient:innenwohl ausgerichtet. Aufgrund sektoraler Grenzen sowie einer Vielzahl unterschiedlicher rechtlicher Zuständigkeiten und mitwirkender Akteure existieren erhebliche Brüche in der Versorgung. Wie stellen Sie sich die Kooperation und Koordination von kassenärztlichem Notdienst, Rettungsdienst und den Notaufnahmen der Krankenhäuser zukünftig vor, um Fehlsteuerungen und Überlastungen zu vermeiden?

Antwort:

Alle Menschen in Hessen müssen bei einem medizinischen Notfall schnelle und wohnortnahe Hilfe erhalten können. Dabei wollen wir die Verzahnung von Rettungsdienst, Notaufnahme und ärztlichem Bereitschaftsdienst voranbringen. Mit der deutschlandweit einzigartigen „Sektorenübergreifenden ambulanten Notfallversorgung“ sind wir bereits auf dem Weg zu einer modernen Notfallversorgung und sorgen dafür, dass unsere Notaufnahmen und der Rettungsdienst Zeit für die schweren Fälle haben. Wir wollen die intersektorale Zusammenarbeit und Patientensteuerung in der Notfallversorgung fördern.

5. Wie sieht aus Ihrer Sicht die Zukunft des Rettungsdienstes aus – auch mit Blick auf Fachkräftemangel, Digitalisierung, Leitstellenstruktur, Luftrettung und die Kooperation seiner Träger?

Antwort:

Auch die Notfallversorgung vor Ort muss jederzeit sichergestellt sein. Dabei wollen wir die Verzahnung von Rettungsdienst, Notaufnahme und ärztlichem Bereitschaftsdienst voranbringen. Das hessische Rettungsdienstgesetz ist bis Ende 2026 befristet. Wir wollen das Gesetz nach der Landtagswahl evaluieren und dafür Verbände und Engagierte in diesem Bereich zusammenbringen, um gemeinsam Ideen für ein zukunftsfähiges Rettungsdienstgesetz zu entwickeln. Besonders im Fokus steht dabei für uns die Fachkräftesicherung. Um das Gesundheitswesen

besser zu vernetzen und transparenter für Patient*innen zu machen, werden außerdem Investitionen in digitale Infrastruktur notwendig sein.

Genügend Fachkräfte und gute Arbeitsbedingungen sind die Voraussetzungen für eine gute gesundheitliche Versorgung und Pflege. Daher werden wir die Fachkräfteoffensive zur Personalgewinnung und -ausbildung ausbauen. Dazu gehören vereinfachte Zugänge zu den Berufen, Quereinsteiger*innen- und Qualifizierungsprogramme, der Ausbau der 1-jährigen Pflegeausbildung sowie eine schnelle Anerkennung von im Ausland erworbenen Bildungs- und Berufsabschlüssen und Programme zur Gewinnung und Unterstützung von eingewanderten Fachkräften. Wir brauchen ausreichend und gut qualifizierte Lehrkräfte, um mehr Menschen in den Gesundheits- und Pflegeberufen ausbilden zu können, deshalb werden wir auch die Studiengänge in diesen Bereichen ausbauen. Zudem werden wir die Aus-, Fort- und Weiterbildung in Teilzeitmodellen stärken. Unser Pflegequalifizierungszentrum werden wir hierfür zu einem Qualifizierungszentrum für Care-Berufe weiterentwickeln.

6. Die Eigenbeteiligung, die Pflegebedürftige im ersten Jahr für ihre Versorgung in einem Pflegeheim bezahlen, liegt in Hessen aktuell bei durchschnittlich 2.503 Euro pro Monat und ist über die letzten Jahre kontinuierlich angestiegen. Wie wollen Sie Pflegebedürftige und ihre Angehörigen finanziell entlasten?

Antwort:

Um sich ein aktuelles und umfassendes Bild über die konkrete Bedarfslage, Angebotsstruktur sowie über die Bedarfs- und Angebotsentwicklung pflegerischer Versorgung in Hessen zu machen, haben wir einen handlungsorientierten Landespflegebericht beauftragt. In den Bericht fließen neben den einzelnen Versorgungsformen der ambulanten, teilstationären- und vollstationären Pflege (Verhinderungspflege/Tages- und Nachtpflege/Kurzzeitpflege/Vollstationäre Pflege) auch komplementäre Hilfen, Wohn- und Pflegeformen sowie zielgruppenspezifische Angebotsformen mit ein. Aufbauend auf den Ergebnissen des Hessischen Pflegeberichts sollen die nächsten, regionale Bedarfslagen berücksichtigende Entlastungsmaßnahmen entwickelt und daran die Investitionsaufwendung orientiert werden. Mithilfe des Landespflegeberichts schaffen wir eine gute Grundlage für die bedarfsorientierte Weiterentwicklung der Pflegelandschaft.

Wir wollen die hessische Pflegestrategie zu einem umfassenden Handlungskonzept der pflegerischen Versorgung weiterentwickeln. Einen besonderen Fokus legen wir dabei auf den Ausbau der Tages- und Kurzzeitpflege, Unterstützung und Entlastung für pflegende Angehörige sowie der ambulanten Wohngemeinschaften. Außerdem bauen wir unsere regionalen Pflegestützpunkte aus, fördern die bessere Vernetzung durch eine Landesservicestelle und ermöglichen durch den flächendeckenden Ausbau eines Case-Managements mehr individuelle Beratung und Begleitung. Auf Basis des „Demenzatlas Hessen“ werden wir eine Demenzstrategie entwickeln, um auch hier der demografischen Entwicklung gerecht zu werden.

Für eine finanzielle Entlastung von pflegebedürftigen Menschen und ihren Angehörigen sollte eine bundeseinheitliche Regelung her, beispielsweise über eine Reform der Kranken- und Pflegeversicherung.

7. Laut Gesetz ist Prävention eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wie schaffen Sie es, dass sich alle hessischen Kommunen stärker als bisher an deren Gestaltung und ihrer landesweiten Umsetzung beteiligen?

Antwort:

Gesundheit ist nur ganzheitlich zu denken. Sie ist für immer mehr Menschen auch eine Frage der mentalen Gesundheit sowie von Prävention und Vorsorge. Auch hier braucht es möglichst wohnortnahe Angebote. Oftmals vorhandene Wartezeit bei der Behandlung von psychischen Erkrankungen wollen wir reduzieren. Wir wollen sicherstellen, dass regionale Gesundheitszentren und Trauma-Ambulanzen die psychosoziale Betreuung sowie adäquate Hilfe und Beratung bei seelischer, körperlicher und sexualisierter Gewalt leisten. Wir stärken in diesem Bereich außerdem vorhandene Netzwerke, Selbsthilfegruppen, Vereine und regionale Beratungsstellen.

Insbesondere im ländlichen Raum, mit seinen vielen kleinen Gemeinden, braucht es eine bessere Vernetzung und Kooperation, etwa auf Ebene des jeweiligen Landkreises.

8. Der digitale Umbau des Gesundheitswesens kommt in Deutschland nach wie vor nur sehr langsam voran. Neue, digitale Anwendungen, wie z.B. ePA und DiGAs/DiPAs sind hier nur einige wenige Beispiele. Insgesamt liegt Deutschland im internationalen Vergleich deutlich zurück. Wie kann Hessen dem entgegenreten?

Antwort:

Leistungserbringer*innen müssen in die Lage versetzt werden, den technischen Fortschritt mitzugehen. Das Landesförderprogramm DIGI-Ambulant stößt dabei auf großes Interesse. Ambulante Pflegedienste, Geburtshäuser, freiberuflich tätige Hebammen und niedergelassene Ärzt*innen, Zahnärzt*innen sowie Psychotherapeut*innen werden mit jeweils bis zu 6.000 Euro bei der Anschaffung von Hard- und Software unterstützt. Wir wollen die bereits bestehenden Förderprogramme zur Digitalisierung im Gesundheits- und Pflegebereich weiter ausbauen und Ansätze der Telemedizin stärken. Um das Gesundheitswesen besser zu vernetzen und transparenter für Patient*innen zu machen, werden weitere Investitionen in digitale Infrastruktur notwendig sein.

9. Der Klimawandel und die daraus resultierenden Auswirkungen auf die Gesundheit rücken auch die Gesundheitswirtschaft in den Fokus. Im Rahmen der bestehenden Versorgungsstrukturen gibt es vielfältige Möglichkeiten, das Gesundheitssystem nachhaltiger auszurichten und gegenüber den Anforderungen des Klimawandels resilienter zu machen. Welche Maßnahmen schlagen Sie hierzu vor?

Antwort:

Mit dem Landesamt für Gesundheit und Pflege werden wir die Arbeit der Gesundheitsämter weiter stärken. Sie sind entscheidend dafür, Gefahren für die Gesundheit frühzeitig zu

erkennen und abzuwehren. Mit Blick auf die Anpassung an den Klimawandel und seine Gefahren für die Gesundheit der Menschen kommt eine neue Aufgabe hinzu. Eine zunehmende Zahl an heißen Tagen, überhitzte Innenstädte und Extremwetterereignisse stellen neue Aufgaben an die Gesundheitsbehörden, denen wir gerecht werden wollen. Daher wollen wir Maßnahmen voranbringen, damit die Menschen auch in Hitzewellen oder bei Extremwetter-Ereignissen besser geschützt und gut versorgt sind. Der bereits vorhandene hessische Hitzeaktionsplan ist hierfür ergänzt um kommunale Hitzeschutzpläne die Basis.

Wir unterstützen die hessischen Krankenhäuser auf ihrem Weg zur Klimaneutralität. Mit dem einzurichtenden Klima- und Transformationsfonds des Landes wollen wir Klima-Anpassungsmaßnahmen der Kliniken voranbringen. Wir fördern die Initiative „Green Hospital“ und wollen Qualifizierungsmaßnahmen zum Klimamanagement aktiv unterstützen.

10. In der gesetzlichen Krankenversicherung garantiert nur eine solide und solidarische Finanzbasis den Versicherten eine umfassende und qualitativ gute medizinische Versorgung. Wie sieht aus Ihrer Sicht eine auskömmliche und nachhaltige GKV-Finanzierung aus, und wie tragen Sie dazu bei, dass der Bund eine solche auch umsetzt?

Antwort:

Auf der Bundesebene setzen wir uns schon lange für Reformen in der Finanzierung des Gesundheitswesens ein. So bedarf es einer Stärkung der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung, beispielsweise durch eine einheitliche Bürgerversicherung sowie einer Abkehr vom Prinzip der Fallpauschalen. Durch eine Bürgerversicherung könnte ein gemeinsames Versicherungssystem von privaten und gesetzlichen Krankenkassen entstehen. Im Gegensatz zu heute wären alle Versicherten solidarisch an der Finanzierung beteiligt. Dafür können sich alle Versicherten unabhängig vom Einkommen die Absicherung leisten, die sie benötigen. Die Einbeziehung von privat Versicherten in den Solidarausgleich sowie die Einbeziehung anderer Einkunftsarten würde zu einer längerfristigen finanziellen Stabilisierung des Systems führen. Das würde vor dem Hintergrund der Kostensteigerungen allen gesetzlich und privat Versicherten, vor allem aber jenen mit geringeren Einkommen nützen. Mit der Bürgerversicherung würden die Nachteile für gesetzlich Versicherte aufgehoben und alle gut versorgt, auch Privatversicherte mit geringen Einkünften.